Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/1148

17. 09. 91

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Vollständige Überprüfung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf mögliche Kontakte zum MfS/AfNS und zum BND, MAD, VS und ausländischen Geheimdiensten

Der Bundestag wolle beschließen:

Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages und alle Mitglieder der Bundesregierung sind auf eine mögliche Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS), dem Bundesnachrichtendienst (BND), dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) und dem Bundesamt und den Landesämtern für Verfassungsschutz (BfV, LfV) zu überprüfen.

Bonn, den 17. September 1991

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Man muß nicht unbedingt die „Kommerzielle Koordinierung" des MfS nehmen, um zu sehen, wie eng die Verquickung von Wirtschaftsinteressen, Politik und Geheimdiensten wie dem BND und dem MfS ist. Auch die Waffengeschäfte mit dem Irak oder Libyen sind nur die Spitze eines Eisbergs. Sie zeigen, wie bundesdeutsche Nachrichtendienste gewöhnlich Interessen der Industrie und der Politik den Weg ebnen und absichern.

Andererseits zeigt beispielsweise eine Untersuchung des damaligen Innensenators von Westberlin, Pätzold, wie von bundesdeutschen Geheimdiensten die parlamentarische Opposition kontrolliert und zersetzt werden soll. 65 Agenten waren im Zeitraum von neun Jahren gegen die Alternative Liste eingesetzt. Die Mitgliedsbeiträge wurden teilweise vom Verfassungsschutz bezahlt.

Dies sind Zeichen dafür, daß Politik und geheimdienstliche Tätigkeit untrennbar miteinander verknüpft sind. In der neuen Bundesrepublik Deutschland sind wesentliche Motive für eine geheimdienstliche Tätigkeit wie die Ausspähung des jeweils gegnerischen Staates oder die Identifikation des jeweiligen politischen

Gegners mit dem anderen Staat weggefallen. Um die heutige bundesrepublikanische Politik soweit wie möglich von dieser Geheimdienstbelastung zu befreien, genügt es nicht, alle parlamentarischen Vertreter und Vertreterinnen auf MfS-Mitarbeit zu überprüfen.

Besonders auch die Westabgeordneten der PDS/Linke Liste halten eine Überprüfung der Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf Zusammenarbeit mit allen möglichen Geheimdiensten für nötig. Moralisch und politisch ist es nicht zu vertreten, gerade in dieser Frage die einseitige Abrechnung mit der Geschichte zu Lasten der Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik fortzusetzen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333